



Bezirkliches



Seite 8

Nach Gera



Seite 4

Amtsschimmel



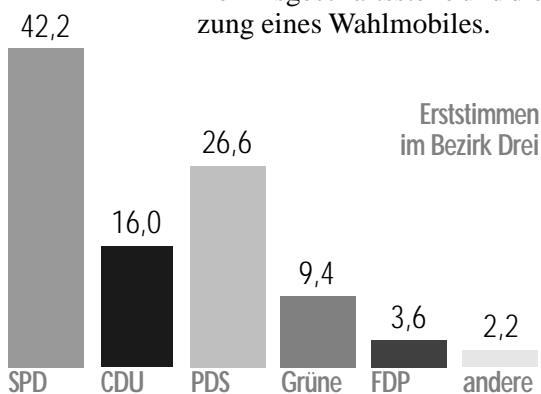
Seite 7

Der Wahlkampf im Rückblick

Gut gekämpft und trotzdem verloren

Wir blicken zurück auf einen intensiven und engagierten Wahlkampf. Trotzdem wurden die Wahlziele nicht erfüllt.

Fast 300 Mitglieder unseres Bezirksverbandes engagierten sich im Wahlkampf. Dieser erstreckte sich von Infoständen, Plakatierung, Steckaktionen, Straßenfesten, Annoncentätigkeit, Internetarbeit bis hin zu einzelnen gesonderten Aktionen, wie der Radtour durch den Bezirk und das Treffen mit Bärtigen am Rathauscenter. Sehr bewährt hat sich die Einrichtung des Wahlquartiers von Sandra Brunner in der Bezirksgeschäftsstelle und die Nutzung eines Wahlmobiles.



Vielfältiger Basiswahlkampf

Das Engagement in den einzelnen Kiezen war sehr unterschiedlich. Insgesamt wurde durch weniger Helfer mehr geleistet als in den Wahlkämpfen zuvor. Neben strukturellen Problemen war zu konstatieren, daß diesmal eine geringere Motivation unter den Wahlkämpfern vorhanden war. Dies lag an einer insgesamt fehlenden für uns positiven gesellschaftlichen Stimmung und durch den Konstellationswahlkampf. Hinzu kamen noch die wöchentlich sinkenden Umfragerwerte. Auch wurden Spaß und Spritzigkeit vermißt und die Wahlmaterialien als zu eintönig befunden.

Die Struktur des Berliner Wahlkampfes aus dem vergangenen Jahr konnte nicht in allen Bereichen des Bezirkes übernommen werden. Gut klappte es in den Wahlkreisen von Gernot Klemm, Michail Nelken, Marian Krüger und Delia Hinz. Sie

setzten sich wieder an die Spitze der Wahlkämpfer. Im Wahlkreis 8, wo Bernd Holtfreter durch längere Krankheit ausfiel, übernahm in hervorragender Weise der Sprecherrat des Ortsverbandes Bötzowviertel mit Uta und Bernd Mewes an der Spitze die Organisation und Koordinierung des Wahlkampfes. Sie bezogen auch benachbarte Ortsverbände ein. Anders lief es dagegen im Wahlkreis 1, wo die Genossen über das fehlende Engagement des Abgeordneten Jan Spindler klagten.

Jederzeit und überall

Mit zahlreichen Infoständen, vor allem an U- und S-Bahnhöfen sowie im Szenegebiet Prenzlauer Berg, wurde versucht, näher an die Wähler heranzukommen. Die Stände begannen früh um 6.00 Uhr und endeten nach Mitternacht. Die Stimmung an den Ständen, die Gespräche, die Bekenntnisse uns gegenüber standen im Widerspruch zum Wahlergebnis. Besonders während der letzten Tage teilten uns viele mit, dass sie uns wählen bzw. bereits gewählt haben.

Sehr bewährt hat sich die Zusammenarbeit mit der mobilen Wahlkampfgruppe aus vornehmlich jungen Mitgliedern unter Leitung von Sascha Kummer. Ihnen war zu verdanken, daß wir zahlreiche Nacht-Infostände und Frühstände mit hoher Wirksamkeit hatten. Viel Freude bei Wahlkämpfern und Publikum fanden auch die abendlichen Kneipentouren.

Bei Infoständen und mittels Steckaktionen wurden über 300.000 Druckmaterialien verteilt, mehr als je zuvor. Bei rund 200.000 Briefkästen im Bezirk mußte jeder Wähler Informationen der PDS erhalten haben. Wo keine arbeitsfähigen Basisorganisationen mehr bestehen, halfen uns Genossen aus der Bundestagsfraktion und Praktikanten.

Buntes im Stadtbild

Insgesamt wurden über 3.000 Plakate ins Straßenland gebracht. Nach

der völlig verspäteten Fertigstellung der Plakate waren wir nur durch eine sehr aufopferungsvolle Tätigkeit einiger Genossen in der Lage, Ende August endlich sichtbar im Straßenland zu sein. Das blaue Friedensplakat hatte zwar nicht mehr die Wirkung vom September 2001, trotzdem war es aber eine wichtige Aussage der PDS. Auch das viel zu wenig gefertigte Schulplakat kam gut an. Weniger verständlich waren die Aussagen des Arbeitsplakates, des Ost-Themas und über die Solidarität. Das Jugendplakat konnte mit der Veränderung der Losung „Jetzt sind wir dran!“ sehr wirkungsvoll im Wahlkreis 77 zur Bekanntmachung von Sandra genutzt werden. Der schlechte Besuch unserer langfristig vorbereiteten und umfangreich beworbenen Feste war schon die Vorankündigung unserer Niederlage. Allein unseren Wahlkampfauftakt im Wahlkreis 77 am 24.8. bewarben über 300 Plakate an Masten und in BVG-Wartehäuschen. Im Wochenblatt und in Tageszeitungen wurden mehrere Annoncen geschaltet. Das Programm auf den Bühnen, der kleine Markt und das herrliche Wetter hätte mehr Wähler zu uns ziehen müssen. Der Besuch unserer Feste steht in keinem Verhältnis zu den Kosten. Ähnlich wie eigene Wählerforen in geschlossenen Räumen oder die „jour fix“ mit Kulturdarbietungen sonntags im Wahlquartier wurden unsere Veranstaltungen von den Wählern sehr wenig besucht.

Sandra macht den Unterschied

Obwohl es nicht gelungen ist, das Direktmandat im neu zugeschnittenen Wahlkreis 77 zu erringen, haben wir Wahlkampf auf gleicher Augenhöhe mit den Konkurrenten geführt. Die Kampagne, eine relativ unbekannte junge Frau im Bezirk so bekannt zu machen wie ihre prominenten Gegenkandidaten, ging auf. Mit Sandra kämpfen wir nun um den Wiedereinzug in den Bundestag.

Thomas Goetzke, Lutz Dühr

Sandra Brunner im Gespräch mit extraDrei

Kein „Weiter so!“ Aber: Wie weiter?

„Ex-Bundestagskandidatin“ steht nun hinter ihrem Namen und nicht – wie erhofft – MdB. Sandra Brunner hat es im Wahlkreis 77 nicht geschafft. Die ganze Partei nicht. Nur Petra Pau und Gesine Lötzschen halten die PDS-Fahne künftig im Bundestag hoch. Ein Debakel.

Die Wahlkämpferinnen, Basis und Vorstände, ein Parteitag – alle suchen nach den Gründen.

Glückwunsch und Danke

Am Einsatz im Wahlkampf lag es nicht, meint Sandra. Darüber herrscht, glaube ich, im Bezirksverband Übereinstimmung: die 27-jährige hat einen tollen Wahlkampf hingelegt. „Auf gleicher Augenhöhe“ mit barttragenden Polit-Profis. Sie ist auf die Menschen zugegangen, hat ihnen zugehört, dazugelernt und – wo sie konnte – Hilfe vermittelt. Ihre Domäne – Jugend und Bildung – beherrschte sie. Was wußte sie aber vorher von den Problemen der Datschenbesitzer, Friseur-Azubis, Fluglärmgeschädigten?! Ihren Konkurrenten, den Medien, auch Zweiflern in den eigenen Reihen hat sie Achtung abgerungen. Fazit: Die Aufstellung einer solch jungen Kandidatin war keine „Verzweiflungstat der Berliner PDS“ auf Grund von Personal-mangel oder gar ein verhängnisvoller Fehler. Im Gegenteil. Jede/r Vierte hat Sandra gewählt. Es waren nicht genug.

Woran lag es?

Sandra Brunner verweist auf den Konstellationswahlkampf, der das Ergebnis auch im Wahlkreis 77 direkt beeinflusst hat. Noch mehr interessieren sie jedoch die eigenen Defizite. Dazu hat sie auf dem PDS-Parteitag in Gera ihre Gedanken offen ausgesprochen: „Die PDS wurde mangels Substanz an demokratisch-sozialistischer Politik weggestimmt.“ Ein Image zu haben, reicht nicht aus, um Wählerinnen und Wähler zu überzeugen. Gebraucht werden konkrete Reformprojekte

für eine demokratisch-sozialistische Politik. Das gilt ihrer Ansicht nach „egal ob wir uns in parlamentarischer Opposition oder in Regierungsverantwortung befinden“.

Gerade auch mit dem Blick auf die Berliner Situation konstatiert Sandra, daß in der Regierung die Defizite an realer inhaltlicher Substanz besonders hervortreten. Denn nur „soziales Korrektiv“ sein oder „Schlimmeres verhüten“ zu wollen, ist defensiv. Stefan Liebichs Strategiepapier stellt die Aufgabe, das Profil der Berliner PDS in der rot-roten Koalition zu schärfen. Müßten jetzt nicht Vorschläge auf den Tisch gelegt werden, wie die Zukunftspotentiale der Stadt (z.B. die Berliner Wissenslandschaft) entwickelt werden können?

Generationswechsel

In einem von Sandra Brunner und anderen jungen Mitgliedern vor dem Parteitag vorgelegten Diskussionspapier spricht sich „die Nachwendegeneration der PDS“ für eine zweite Erneuerung der Partei aus. Junge Leute – so Sandra – sind heute viel pragmatischer. „Wir sind in der PDS, um die Gesellschaft zu verändern und nicht nur über sie zu theoretisieren oder uns mit Ideologien zu bewerkeln“. Deshalb war Gera für sie eine Enttäuschung – mit einer unredlichen Polarisierung und dem Aufbau von Scheinalternativen durch die alte und neue Parteivorsitzende. Niemand in der PDS will doch, daß die PDS ein zweites sozialdemokratisches Projekt wird. Sie jedenfalls nicht. In der emotionalen Aufgewühltheit des Parteitages hat sie den Begriff „Rolle rückwärts in sozialistische Wärmestuben“ gewählt. Das war nicht fair, sagt sie heute.

Sandra Brunner will „nicht bokkig“ in der PDS weiter für ihre Positionen streiten. Übertrittsangebote von SPD und Grünen hat sie abgelehnt. Sie will sich im Bezirk engagieren, ihr Studium beenden und nächstes Jahr das erste juristische Staatsexamen ablegen. Denn ein beruflicher Abschluss ist ihr wichtig.

Das Handy klingelt. Eine BO lädt sie ein, Journalisten wollen Interviews, das Ossi-Gymnasium bittet um Mitwirkung. Der Wahlkampf geht weiter. Oder ist es schon der nächste?

Gespräch: Klaus Gloede

Sandra Brunner, in den Bezirksvorstand gewählt.



Fragen nach dem Parteitag in Gera

PDS – wie weiter?

extraDrei bat Mitglieder des Bezirksverbandes um ihre Meinung. Da möglichst viele Genossinnen und Genossen zu Worte kommen sollten, sah sich die Redaktion zu Kürzungen der Beiträge veranlaßt. Wir bitten um Verständnis.

Erkennbar bleiben

Ein weiterer Grund für das Schwinden des Vertrauens in die PDS ist das Nichteinhalten oder Nichteinlösenkönnen von Wahlversprechungen nach der Wahl in Landesregierungen. Das gilt auch für die Berliner PDS. Die PDS soll ja keine Opposition in der Regierung sein, lieber Stefan Liebich, aber umsetzbare, für den Wähler klar erkennbare sozialistische Projekte muß sie schon einbringen und um deren Realisierung kämpfen.

R. Altenburg

Mitgliederpartei bleiben

Im Sprecherrat der PDS Berlin-Buch wird eine gründliche Analyse der Wahlniederlage für die weitere Orientierung der PDS für notwendig erachtet. Die Politik der PDS wird zu stark an den Problemen der Fraktionen und Mandatsträger festgemacht, statt von den Parteivorständen bestimmt. Die Parteivorsitzenden der verschiedenen Ebenen sind in die Arbeit der Fraktionen und Ausschüsse der Parlamente eingebunden und können sich nicht auf die Entwicklung der Partei konzentrieren. Die Parteiarbeit muß überhaupt viel stärker auf die Unterstützung der Basisarbeit (auch mit den Finanzplänen) orientiert werden, damit die PDS Mitgliederpartei bleibt. Grundsätzliche Weichenstellungen sind für die Jugendpolitik der PDS erforderlich.

Hermann Benthin

Alles um sonst ?

Wir haben im Wahlkampf gemeinsam Spaß gehabt und uns schätzen gelernt. Das bleibt etwas ganz Unwiederbringliches! Wie sähe unser

Wahlergebnis aus, hätten wir nicht das gemacht, was wir gemacht haben?!

Was ist also seit dem Wahltag im September passiert? Wieso können wir heute mit unserer Verschiedenheit, die uns im Wahlkampf so stark motivierte, nicht umgehen, so daß wir nach soviel gemeinsam Vollbrachtem nicht einmal einander zuhören oder miteinander reden?

Warum finde ich dieses Verhalten zunehmend in den Parteiebenen vor, je weiter diese von meinen Wahlkämpfern entfernt sind?

Bernd Mewes

Einseitig

Egal, wer mehr oder weniger Recht hat: ein unfaires, chaotisches Gerangel hat die Wahlniederlage noch schlimmer gemacht. Und nun hat wenigstens eine Format gezeigt. Was Wunder, wenn ihre Rede neben Zustimmung ebenfalls Irritationen, Kränkungen und vor allem gravierende Lücken hinterließ. Die Kritik war einseitig. Das Desaster des eigenen Programmentwurfes wurde nicht aufgedeckt. Mit denen, die es verhinderten, wurde eher Schönwetter gemacht. Wenn nunmehr ein weiteres Jahr für ein Programm der PDS vertan werden muß, dann werden wir feststellen, wer die „Weiter-so-Leute“ sind.

Gut zu hören, daß die Arbeit mit der Basis ihren Stellenwert bekommen soll!

Gerhard Ludwig

Verklemmt

Warum die nötigen inhaltlichen Auseinandersetzungen in der Partei so lange nicht geführt wurden und erst jetzt, aus Anlaß eines Scheiterns verklemmt, verschlafen und unausgegoren sichtbar werden, hat wohl einen wesentlichen Grund: Einem Konsens wurde das Wort geredet, weil wir wirklich viel zu selten in der Lage sind, uns zu streiten – ohne das Verkünden von Selbstgewißheiten und ohne denunziatorischen Ton, weil wir nicht konfliktfähig und aufgeschlossen

miteinander umgehen können. Es besteht akuter Mangel an von der Basis nach oben geführter Meinungsbildung, die in Ihren Ergebnissen einen aktuellen Gebrauchswert der PDS über den Sinn einer Protest- und Befindlichkeitspartei hinaus erkennen lassen.

Sie hätte „mitunter den Eindruck, man könne mit der PDS alles machen außer Krieg“, hat Gabi Zimmer den Delegierten verkündet. Was wir selbst mit der PDS alles machen können, hat sie und hat die Mehrheit der Delegierten in Gera eindrucksvoll gezeigt. Wahrscheinlich bin ich opportunistisch, aber ich fürchte, nichts davon wollen Wähler mit uns machen.

Marco Hinze

Nicht antagonistisch

Wir sind der Meinung, daß sich die scheinbar unüberbrückbaren Auffassungen weniger auf den Inhalt als auf die Personen beziehen. Und das ist für uns unverständlich. Befasst man sich mit den Dokumenten, dann gibt es inhaltlich keine antagonistischen Auffassungen. Es gibt ein unterschiedliches Herangehen und eine unterschiedliche Wichtung. Daher sollte in einer sachlichen Diskussion eine gemeinsame Linie gefunden werden. Wir erwarten, daß die Programmdiskussion forciert, 2003 das Programm beschlossen und auch damit die Grundlage für ein erfolgreiches Weiter gegeben wird.

BO 80c/d Prenzlauer Berg

Kritisch und solidarisch

Der Geraer Parteitag ist aus meiner Sicht als erster kleiner Schritt für einen Neuanfang zu werten, mehr auch nicht. Die großen Hürden stehen uns noch bevor, denn die getroffene Richtungsentscheidung, als „gestalterische Opposition“ zu wirken, wird nur dann erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, die derzeit in der PDS streitenden polarisierenden Kräfte inklusive der „sogenannten“ Reformer für eine

zukunftsfähige sozialistische Politik zusammenzuführen.

Dazu gehört meines Erachtens auch eine wirkungsvollere politische Unterstützung sowie kritische Begleitung der PDS-Regierungsbeteiligung auf den verschiedenen Ebenen und auch der beiden Bundestagsabgeordneten.

Bei der Bewältigung all dieser Probleme dürfen wir in den PDS-Basisorganisationen und -Arbeitsgemeinschaften die Vorstände auf Bundes- bzw. Landesebene nicht allein lassen, sondern mit dem Blick nach vorn solidarisch und kritisch begleiten.

Rudi Höntzsch

Wo PDS drauf steht

Ich rede hier keineswegs davon, die Koalitionen in McPom und Berlin aufzukündigen. Aber ich möchte doch an das Wort aus vergangener Zeit erinnern, daß da, wo PDS drauf steht, auch PDS drin sein muß. Zu sehen ist es nicht, jedenfalls nicht ohne Lupe.

Was nun? Natürlich haben wir uns heute und hier um die Sorgen der Leute zu kümmern. Wir haben da zu sein, wenn Friedensanhänger, Gewerkschafter und Arbeitslosenverbände, Bürgerrechtler, Umweltschützer und Verbraucherverbände sich wehren, und wir haben da nicht rumzunörgeln, wie auch geschehen, sondern zu sagen, wie weit wir mit ihnen gemeinsam sind und wo wir den Kasus Knacks sehen. Das ist unabdingbar ein Weg, wieder parlamentarische Stimme dieser Kräfte werden zu können.

Die Hauptsache ist es noch immer nicht. Die PDS hat für Leute wie mich die Funktion, das Nachdenken über eine gesellschaftliche Alternative am Leben zu halten und darüber, wie diese Alternative ins Leben zu bringen wäre.

Hans Schuster

Respektabel

Gabi Zimmer hat mit ihrem respektablen Auftreten in Gera mir wieder etwas Hoffnung gegeben,

daß die PDS doch noch eine Zukunft hat. Dazu braucht sie Unterstützung auf allen Ebenen, die sie, wenn sie ihre Vorstellungen durchsetzt, auch erhalten kann und wird. Mich bewegen dabei viele Fragen, zum Beispiel:

Der Vorstand einer wirklich sozialistischen Partei hat höheren moralischen Ansprüchen zu genügen, als Vorstände anderer Parteien. Im Kampf gleichgesinnter Sozialisten für eine bessere Gesellschaft sollte der Streit um die besten Lösungen, nicht um die Meinungsmacht, im Vordergrund stehen.

Sozialistische Politik will die Mitwirkung und braucht Meinungen und Erfahrungen vieler Mitglieder und Sympathisanten als Korrektiv zur pragmatischen Eigenwilligkeit mancher Funktions- und Mandatsträger.

Eine Programmatik, die auch von anderen wahrgenommen werden soll, muß einfach, konsequent und kurz sein, ohne auf jede Frage, auf jedes Problem einzugehen.

Thomas Obst

Weder einfacher noch klarer

Die Situation für die PDS ist nach Gera weder einfacher noch klarer geworden. Viele Fragen bleiben of-

fen. Vor dem Parteitag waren sich alle Leitungsgremien der PDS darüber einig, daß die Partei ohne Erneuerung keine Zukunft haben wird. Worin bestehen jetzt die wichtigsten konkreten, faßbaren Erneuerungsprojekte der PDS, die verhindern, daß Erneuerung eine Worthülse bleibt?

Die inhaltlich substantiellen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Hauptrichtungen sind gar nicht so groß, wie sie in den Medien dargestellt werden. Es geht weniger um die Auseinandersetzung zwischen Reformern und Traditionalisten als um unterschiedliche Vorstellungen über den Inhalt sozialistischer Politik und die Art und Weise, wie sie praktiziert wird. Wenn die Formel von gestaltender Opposition einen praktischen Wert erhalten soll, so muß sie bald deutlichere Konturen gewinnen. Wie kann Opposition konkret mit Regierungsverantwortung verknüpft werden? Natürlich geht es da nicht um möglichst viel Streit mit dem Regierungspartner, sondern um Auseinandersetzungen um die Durchsetzung konkreter Projekte, die den sozialistischen Politikvorstellungen der PDS gerecht werden.

Klaus Steinitz



Foto:
Klaus Gloede

Aus der BVV

Bunte Mischung



Seit der letzten regulären Ausgabe von extraDrei haben drei Tagungen der Bezirksverordnetenversammlung stattgefunden, daher im folgenden eine kurze Auswahl der wichtigsten und/oder spektakulärsten Ergebnisse. Die Auswahl ist – wie immer – subjektiv.

■ 7. Tagung

Zum wiederholten Mal hat sich die BVV mit dem Fluglärm über Pankow beschäftigt. Diesmal wurde das Bezirksamt durch einen gemeinsamen Antrag von PDS und SPD beauftragt, sich für eine deutliche Einschränkung der Ausnahmen vom Nachtflugverbot auf dem Flughafen Tegel und eine deutliche Erhöhung der Entgelte für nachts landende Flugzeuge einzusetzen.

Hintergrund war, das der Senat eine von der BVV seit langem geforderte Beteiligung des Bezirkes in der Fluglärmkommission mit der Begründung abgelehnt hat, im Bezirk befände sich kein Flughafen, Tegel läge schließlich in Reinickendorf.

Mit einem Dringlichkeitsantrag griff der Wirtschaftsausschuß auf Initiative der PDS wiederum in Verwaltungshandeln ein, weil er feststellen mußte, daß BVV-Beschlüsse ignoriert wurden und Richtlinien von der Verwaltung angewandt worden waren, obwohl die BVV ihre Anwendung ausdrücklich untersagt hatte. Gegen die Stimmen der CDU konnte der Ausschuß sich in der BVV mit seiner Auffassung durchsetzen.

Ein Novum für die Bezirksverordneten im Nordosten Berlins war, nach nur acht Monaten Amtszeit des Bezirksamtes schon über einen Mißbilligungsantrag gegen einen Stadtrat abstimmen zu sollen. Im konkreten Falle hatte sich der Stadtrat für Umwelt, Wohnen und Bürgerdienste, Matthias Köhne (SPD), den Unmut der Verordneten zugezogen, weil die in seiner Verantwortung stehende Verwaltung Kiezinitiativen ausschließlich aus dem Prenzlauer Berg bei der Durchführung ihrer traditionellen Feste behindert hatte. Zunächst wußte die BVV jedoch nicht, wie sie mit dem von den BündnisGrünen eingebrachten Antrag umgehen sollte. In offener Abstimmung entging Köhne schließlich um eine Stimme der Mißbilligung.

■ 8. Tagung

Elf Tage vor der Bundestagswahl stand dieses BVV-Sitzung ganz unter dem Stern dieses Ereignisses: die Fraktionen gaben ihren jeweiligen Stadträten Gelegenheiten, die Erfolge ihres Tätigkeitsfeldes darzustellen. Die Stadträte durchbrachen allerdings das erwartete Muster und berichteten durchaus informativ über ihre Arbeit. Die Wirtschaftsstadträtin Nehring-Venus (PDS) gab beispielsweise eine aktuell eingeholte Stellungnahme der ABB Grundbesitz GmbH zum andauernden Hickhack (extraDrei berichtete) über die Erschließungsstraßen zur Kenntnis. Darin heißt es explizit: „ABB wird keine wei-

teren Investitionen am Standort durchführen, wenn das Verfahren weiter in der Schwebe bleibt“. Die Verordneten hatten so etwas immer befürchtet, weswegen sich mit Ausnahme der BündnisGrünen sich alle Fraktionen in der Vergangenheit klar positioniert hatten. Als Haupthindernis wurde wiederum das Verhalten von Senat und Abgeordnetenhaus eingeschätzt.

In einem gemeinsamen Antragsparolen sich alle Fraktionen und Gruppen der BVV gegen die Pläne der WiR aus, im Zuge der Zusammenlegung der Wohnungsbaugesellschaften den Standort der WiP in der Schwedter Straße im Prenzlauer Berg aufzugeben, weil Zentralisierung auch immer Bürger-, in diesem Falle Kundenferne bedeutet.

■ 9. Tagung

Im Vorfeld dieser Tagung wurden die Bezirksverordneten von der Information überrascht, daß eine offenbar sehr weit fortgeschrittene Planung für die Errichtung einer Aldi-Kaufhalle in der Schwedter Straße gegenüber dem Gelände des Kinderbauernhofes Prenzlauer Berg bestehen. Genauso überrascht waren die Bewohner vor Ort, so daß alle davon ausgehen müssen, daß die Formen der Bürgerbeteiligung nicht eingehalten worden sind. In parlamentarische Initiativen konnten die in Eile und bruchstückhaft zusammengetragenen Erkenntnisse aber noch nicht umgesetzt werden.

Auf Antrag der BündnisGrünen mußte sich die BVV statt dessen erneut mit dem Bezirksnamen beschäftigen. PDS und SPD entschärften den Schnellschuß jedoch durch einen Änderungsantrag dahingehend, daß zunächst einmal das offizielle Ergebnis der Bürgerbeteiligung abgewartet werden solle und ansonsten nach den seit langem gefaßten Beschlüssen verfahren wird, die das Bezirksamt beauftragten, geeignete, aussagekräftige Verfahren der Bürgerbeteiligung zu entwickeln. *Wolfram Kempe*

Eingeweiht
am 29. Juni:

Denkzeichen in
Pankow.



Künstlerhof Buch

Wirrnis

Dies ist eine Geschichte mangelnder Absprachen, fehlender Zeit, ungenauer Kenntnis, gestörter Kommunikation, von Mißverständnissen, Fehlinterpretationen, Bürofehlern. Dies ist eine Geschichte von Ausreden.

Die prekäre Situation des Künstlerhofes Buch ist seit längerem bekannt. Der bisherige Träger, die Berliner Akademie der Künste signalisierte schon im Jahr 2000, die dort anfallenden Kosten in Höhe von 360.000 Euro nicht mehr lange tragen zu können. Ab dem 31.12.2001 ging die Trägerschaft an das Land Berlin über, wodurch ein weiteres Jahr gewonnen wurde. Da der Künstlerhof das einzige, für potentielle Investoren interessante kulturelle Angebot vor Ort darstellt, perspektivisch aber eine Keimzelle für weitere kulturelle Ansiedlungen in Buch ist, kamen die Akteure vor Ort, im Bezirk und im Senat überein, dieses Jahr zu nutzen und alles für den Erhalt des Standortes zu unternehmen. Die drohende Alternative, daran ließ der Senat keinen Zweifel, wäre nur die Übertragung des Gebäudekomplexes in den Liegenschaftsfond der Senatsfinanzverwaltung. Dieser aber muß nach rein fiskalischen Gesichtspunkten verfahren – was das sofortige Aus für die in Buch ansässigen Künstler bedeutete.

Vorwärtsverteidigung

Die vom Senat betriebene Suche nach einem neuen Betreiber blieb bis Ende Mai 2002 erfolglos. Da sich das abzeichnete, berief die Kultur- und Wirtschaftsstadträtin Almuth Nehring-Venus (PDS) einen „Runden Tisch Künstlerhof Buch“ ein, der alle mit dem Problem befaßten erstmals zusammenbrachte. Der Kultursenator Thomas Flierl (PDS) erklärte den Künstlerhof zur „Chefsache“ und versprach bei einem Besuch am 23. Mai: „Wir werden keine weiteren Schritte zur weiteren Übertragung in den Liegenschaftsfond unternehmen.“ Mit

dieser Sicherheit im Rücken traf sich der Runde Tisch im Juni ein zweites Mal. Erste Übergangsvorschläge wurde vorgelegt, die Berlin Buch Management GmbH (BBM) entwickelte erste Vorstellungen zur Übernahme und Trägerschaft des Hofes. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sagte zu, Mittel für eine wirtschaftliches Nutzungskonzept bereitzustellen, das im Anfang November vorgelegt werden soll.

Am 14. August stellen die BBM und der Förderverein des Hofes gemeinsam einen Antrag bei der Senatskulturverwaltung, über einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Senat den Künstlerhof ab 1. Januar 2003 zu betreiben. Die Mittel für das Konzept wurden trotz Haushaltssperre freigegeben; alle Beteiligten verabredeten sich für den November, um die Feinheiten abschließend zu klären.

Paukenschlag

Dann senkt sich Nebel über die Szenerie. Ein Gespräch zwischen BBM und Förderverein einerseits und der Senatskulturverwaltung kam bis Anfang Oktober nicht zustande. Überhaupt war im Bezirk über die Aktivitäten des Senates nichts in Erfahrung zu bringen. Auch der Stadträtin gelang es nicht, mit dem Senator zu sprechen. In ihrer Not wandte sich Almuth Nehring-Venus unter Umgehung normaler Amtswege direkt an den Liegenschaftsfond und trug dort die im Bezirk entwickelten Pläne für den Erhalt des Künstlerhofes vor. Zur allgemeinen Beruhigung der Akteure vor Ort zeigte sich der Fond daran interessiert und entkräftete so die ursprünglichen Befürchtungen.

Am Freitag dem 4. Oktober meldet sich die Senatskulturverwaltung erstmals wieder. Mit einer lapidaren Fax-Kopie „zur Kenntnis“ wird der Stadträtin mitgeteilt, daß der Senator beschlossen hat, den Künstlerhof an den Liegenschaftsfond zu übertragen, weil „ein reali-

sierbares Konzept ... nicht gefunden werden konnte“.

Diese einsame Entscheidung gegen alle Zusagen und jenseits der Verabredungen empören die Stadträtin und die PDS-Fraktion in der BVV. In scharfen Presseerklärungen attestieren sie dem Senator Verantwortungslosigkeit und sprechen von einem Armutzeugnis. Der Senator seinerseits versteht die ganze Aufregung nicht. Mit dem Liegenschaftsfond sei doch alles klar, die Stadträtin habe schließlich selbst dort vorgesprochen; in einer weit-schweifigen Erklärung vom 16. Oktober folgen die eingangs genannten „Argumente“. Nirgends jedoch läßt der Senator erkennen, verstanden zu haben, daß es nicht um Formfehler geht, sondern um die Arroganz der Macht, die hier für Empörung sorgte. Wenn der Künstlerhof Buch erhalten bleibt, hat es jedenfalls nicht an der Senatskulturverwaltung gelegen.

Wolfram Kempe

Fotos:
Andras Sasse



Aus dem Wirtschaftsausschuß

Einfluß vergrößert



Ein bezirklicher Wirtschaftsausschuß hat nur zwei Möglichkeiten: er kann sich auf die Begutachtung der Projekte der bezirklichen Wirtschaftsförderung und entsprechende Empfehlungen beschränken – nur dafür ist er eigentlich notwendig –, oder er sucht sich eigene Aufgaben im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit sowohl des Bezirkes selbst als auch im Bezirk allgemein. Der im Prenzlauer Berg begonnene Arbeitsweise folgend hat sich der hiesige Wirtschaftsausschuß für den zweiten Weg entschieden.

In diesem Zusammenhang suchen die Ausschußmitglieder nach Möglichkeiten, durch Maßnahmen der Bezirkspolitik die Rahmenbedingungen für Unternehmen im Bezirk zu verbessern. Leider stößt der Ausschuß dabei oft an seine Grenzen,

weil wirkungsvolle Entscheidungen nur an höheren Orten der politischen Hierarchie gefällt werden können, wie das Beispiel der Pankower Friseur GmbH (extraDrei berichtete) zeigte. Darum konzentriert sich der Ausschuß darauf, die Verwaltung mit den Mitteln der BVV dazu zu zwingen, sich endlich als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger zu begreifen. So mußten in diesem Jahr beispielsweise zum ersten Mal das Tiefbauamt und das Amt für Umwelt (AUN) und Natur einem Wirtschaftsausschuß Rede und Antwort stehen. Im ersten Fall beteiligte sich der Ausschuß auf Initiative der PDS intensiv und erfolgreich an der Erarbeitung eines neuen, übersichtlichen und endlich eindeutigen Regelwerkes für den Straßenhandel. Bei der zweiten, ebenfalls von der PDS

angestoßenen, Initiative ging es um die Behinderungen, die das AUN im Frühjahr und Sommer Bürgern bereitete, die auf ihren Stadtplätzen die seit Jahren üblichen Feste durchführen wollten. Dieses Problem ist noch nicht endgültig gelöst.

Ein weiterer Schwerpunkt der Ausschußarbeit ist die Entwicklung der Region Buch. Im Zusammenhang mit der Idee, in Buch ein Life Science Center zu errichten, führte der Ausschuß erstmals eine gemeinsame Anhörung mit dem Stadtentwicklung und dem Finanzausschuß durch. Komplexe Investitionsvorhaben können nicht von einem Fachausschuß alleine verhandelt werden – auch die BVV kann im Interesse neuer Arbeitsplätze im Bezirk ihre „eigenen“ Entscheidungsabläufe beschleunigen.

Wolfram Kempe

Ausgezeichnet

Der Stiftungsvorstand des Max-Dellbrück-Centrums für Molekulare Medizin (MDC) in Buch, Prof. Detlev Ganten, wurde am 25. Oktober die Treviranus-Medaille, die höchste Auszeichnung des Verbandes deutscher Biologen, verliehen. Professor Ganten erhielt sie im Rahmen der Potsdamer Jahrestagung des Biologenverbandes für seine Verdienste beim Aufbau des 1992 gegründeten MDC, einer Forschungseinrichtung der Helmholtz-Gesellschaft sowie für seinen „beständigen Dialog mit Politik und Gesellschaft“.

Die Medaille ist nach dem Bremer Arzt und Naturforscher Gottfried Reinhold Treviranus benannt, der in seinem zu Beginn des 19. Jahrhunderts erschienen Hauptwerk „Biologie oder Philosophie der lebenden Natur für Naturforscher und Ärzte“ erstmals das Spektrum aller damals schon existierenden Lebenswissenschaften unter zusammenfaßte, und dafür den Oberbegriff „Biologie“ einführte. *wk*

Umweltpreis

Einen Umweltpreis unter dem Motto „Klimaschutz geht uns alle an – auch in Pankow“ haben die BVV und das Bezirksamt Pankow für das Jahr 2003 ausgelobt.

Aufgerufen sind alle Bürgerinnen und Bürger, Firmen, Kinder und Jugendliche, Schulklassen, Gruppen aus Kindertagesstätten oder Jugendfreizeiteinrichtungen, mit Projekten, Untersuchungen oder Vorschlägen darzulegen, wie sich die Menschen unseres Bezirkes direkt und aktiv beim Schutz des Klimas beteiligen können.

Eine fachkundige Jury wählt aus den eingegangenen Bewerbungen den oder die Preisträger aus. Der Umweltpreis ist mit einer Gesamtsumme von 3.000 Euro dotiert und wird im Juni 2003 im Rahmen einer festlichen Veranstaltung verliehen.

Bewerbungen sind bis Freitag, den 11. April 2003 an das BVV-Büro in der Fröbelstraße einzureichen. Weitere Informationen beim BVV-Büro unter Tel.: 4240 1002. *wk*

Zahlenspiele

Seit dem 31. Dezember 2001 ist „Groß-Pankow“ der einwohnerstärkste Bezirk Berlins.

Mit 334.086 hier lebenden Menschen wurde Tempelhof-Schöneberg auf den zweiten Rang verwiesen.

Seit der Fusion der drei Alt-Bezirke zogen 4.399 Menschen neu zu, vor allem in die Neubaugebiete im Norden des Bezirkes und in die sogenannten innerstädtischen Verdichtungsgebiete. 50,9% der Einwohner sind Einwohnerinnen, 20% über 60 Jahre alt, 15% unter achtzehn und 5,6% Ausländer.

Mit seiner neuen „Größe“ rangiert der Bezirk zwischen Wuppertal (390.000) und Bielefeld (325.000) und ist nach Leipzig und Dresden die drittgrößte „Stadt“ in den neuen Bundesländern. Was die Statistik verschweigt: an allen genannten Orten haben die Bürgerinnen und Bürger größere kommunale Mitspracherechte als hier. Aber das gilt selbst für das kleinste Brandenburgische Dorf. *wk*

Alltag

■ Schwarze Löcher

Nicht nur die Mehrheit der Schulen im Bezirk, auch die Dienstgebäude des Bezirksamtes sind heruntergekommen, weil jahrelang von der Substanz gelebt wurde. Unlängst teilte das Amt mit, daß sich die Kosten für die Instandsetzung des Sozialamtes in der Dusekestraße auf rund 3,3 Mill. Euro belaufen. Woher das Geld kommen soll, ist offen, und so wird der furchtbare äußere Eindruck des Gebäudes wohl noch längere Zeit Sozialhilfeempfängern das Gefühl vermitteln, unerwünschte Bittsteller zu sein.

Die Kosten für die Instandsetzung des Rathauses in Pankow kann das Amt derzeit überhaupt noch nicht beziffern, da „hierfür keine Planungsunterlagen“ vorliegen. Die zur Zeit laufende Bausicherung verschlingt 85.000 Euro; die anschließend notwendige Restaurierung reißt ein weiteres schwarzes Loch in die Kasse.

■ Widersprüche

Im Prenzlauer Berg weiß jeder, daß die Wand zwischen Jahn-Sportpark und Mauerpark mit der Eröffnung des Parkes legal von Graffiti-Sprayern genutzt werden kann. 1998 wurde dort sogar ein Wettbewerb ausgetragen. Heute bestreitet das Bezirksamt diese Tatsache und behauptet, „das Besprühen der Mauer war und ist ein privatrechtliches Eigentumsdelikt“. Der Eigentümer, die Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, müsse für eine derartige Nutzung seine Zustimmung geben, was er nicht tut, weil es bis jetzt zu keiner Regelung über die Entsorgung eventuell anfallenden Sondermülls (Spraydosen) gekommen ist. Zum Beweis wird ein Schreiben eben dieser Senatsverwaltung aus dem Oktober 1998 zitiert. Darin heißt es aber, „daß die vermögensrechtliche Zuordnung“ der Wand „noch zu klären ist“ – im Klartext: es gab damals keinen Eigentümer, und nach

Aussage des Amtes hat sich daran nichts geändert. Wer also von „interessierten Sprayern“ „um Erlaubnis“ gefragt werden soll, wie es das Amt fordert, ist genauso offen wie die Frage, ob den jemals der befürchtete Sondermüll angefallen ist. Angesichts der inzwischen verstrichenen Zeit und der Tatsache, daß vor diesem Hintergrund Jugendliche wiederholt von der Polizei festgenommen worden sind, klingt die Beteuerung des Amtes, sich für die Freigabe der Wand einsetzen zu wollen, schal.

■ Langer Atem

Die Rekonstruktion der Pistoriusstraße soll laut Plan im Dezember 2005 beendet sein. Im ersten Bauabschnitt soll das Stück von der Berliner Allee bis zum Mirbachplatz im ersten Quartal 2003 fertiggestellt werden; der zweite Bauabschnitt umfaßt den Bereich vom Mirbachplatz bis zum Hamburger Platz; der dritte Bauabschnitt erstreckt sich von dort bis Am Steinberg. Auf diesem letzten Stück sollen in Höhe der Jacobsohnstraße und an der Einmündung der Heinersdorfer Straße zwei „Querungshilfen für Fußgänger“ geschaffen werden.

■ Bilanzen

Der Sturm am 10. Juli schädigte 697 so schwer geschädigt, daß sie gefällt werden mußten; an weiteren 1.526 Bäumen traten Schäden auf. Besonders schwer betroffen wurden Straßenzüge in den Ortsteilen Buchholz, Buch, Niederschönhausen und Wilhelmsruh. Die Kosten der Schadensbeseitigung für den Bezirk belaufen sich auf rund 840.000 Euro. Ein Spendenaufruf des Bezirkes erbrachte 1.981 Euro.

In den Jahren 2000 und 2001 wurden im Bezirk insgesamt 1.498 Straßenbäume gepflanzt. In diesem Jahr sollen weitere 733 hinzukommen und für 2003 strebt das Amt für Umwelt und Natur an, 600 bis 800 Bäume neu zu pflanzen.

■ Sponsoring

Vor dem Hintergrund der Haushaltslage ist das Thema der Brunnen in Berlin insbesondere im Frühjahr immer wieder beliebt. Wenn es einem Bezirksamt gelingt, wie im Prenzlauer Berg alle Brunnen in Betrieb zu nehmen, wird darüber nicht berichtet. Ermöglicht wurde dies, weil die Betriebskosten aller Brunnen im Prenzlauer Berg von der WallAG übernommen wurden und sie den Bezirkshaushalt nicht belasteten. Dabei geht es um nicht unerhebliche Summen, der Stierbrunnen am Arnswalder Platz allein verschlingt beispielsweise pro Saison 10.000 Euro.

■ Endlose Geschichte

Seit 1995 wird die Blankenfelder Straße zur Erschließung des Neubaugebietes in Französisch Buchholz aus- und umgebaut. Ausgenommen war davon bis vor kurzem der Abschnitt zwischen dem Calvinistenweg und der Hauptstraße, weil im Kreuzungsbereich Hauptstraße/Blankenfelder Straße der für einen Umbau notwendige Grunderwerb nicht gelang: bis 1998 war kein Geld da, 1999 konnten nur Teile erworben werden und abgeschlossen war das Geschäft erst 2001. Im Juni 2002 begannen endlich die Straßenbauarbeiten, aber nur, um noch im selben Monat wieder angehalten zu werden: der im März 2002 begonnene Umbau der Erdleitungen (Wasser, Bewag, Gasag etc) blockierte den Straßenbau bis Ende September 2002. Nunmehr will das Tiefbauamt des Bezirkes die Fahrbahn und den südlichen Gehweg bis 30. November fertigstellen, vorausgesetzt, es herrscht „eine dafür geeignete Witterung“. (Im November ...) Im Frühjahr 2003 soll der nördliche Gehweg fertig sein, vorausgesetzt... Ob der Verkehr über den Calvinistenweg und die Nisbléstraße dann wieder abnehmen wird, steht angesichts langfristig erworbener Gewohnheiten in den Sternen. W.K.

Eintritt – Warum jetzt?



Unmittelbar nach der Wahlniederlage der PDS bei den Bundestagswahlen habe ich in einen sehr kurzen Brief an den Bezirksvorstand meinen Eintritt in die PDS erklärt. Zu den Beweggründen habe ich mich in diesem Brief nicht geäußert. Da ich meine Motive jedoch für nicht unwesentlich halte, möchte ich dies nun nachholen.

Seit 1990 habe ich mit der PDS auf unterschiedlichen Ebenen sehr eng zusammen gearbeitet, u.a. als Mitinitiator der Linken Liste/PDS zur Abgeordnetenhauswahl 1990, als Bürgerdeputierter und Bezirksverordneter für die PDS in der BVV Pankow und von 1995 bis 2002 als Stadtrat für Stadtentwicklung, Bauen und Soziales, ebenfalls für die PDS. Ich denke, daß ich mit diesen langjährigen kommunalpolitischen Erfahrungen auch heute noch mithelfen kann, daß die PDS auch nach der Wahlniederlage als unverzichtbare Interessenvertreterin der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt. Um diese Funktion auch ausfüllen zu können, muß sich die PDS wesentlich stärker als bisher mit ihren Kernhemmen profilieren und eigenständige politische Projekte entwickeln. Nur mit durchdachten und nachhaltig wirksamen Inhalten kann die PDS verlorenes Vertrauen wiedererlangen, in diesem Prozeß der Strategiebildung sehe ich mich zugleich als Gebender und Neh-

mender, will sagen: ich brauche die Kommunikation mit anderen engagierten Genossinnen und Genossen.

Auch nach den Konflikten um den Geraer Parteitag herum bereue ich meinen Eintritt nicht. Das Gegenteil ist der Fall. Obwohl ich mit einigem Zorn die unsäglichen Grabenkämpfe des Bundesvorstandes verfolgt habe, bin ich bestärkt darin, daß die Partei eine moderne programmatische Grundlage dringender als bisher nötig hat – eine Programmatik die unterschiedliche linke Politikansätze verbindet und gesellschaftliche Alternativen konkreter Art aufzeigt. Dabei ist nicht die Form des politischen Agierens (Opposition oder

Regierung) entscheidend, sondern wieviel linke Inhalte in praktische Politik umgesetzt werden und dadurch für die Menschen dieses Landes erlebbar werden.

1998 zur Bundestagswahl gab es bei uns einen Wahlkampfsong der da hieß: „Das ist immer noch mein Land“. Diesen Song finde ich nach wie vor für uns in der PDS aktuell. Wir dürfen uns nicht als Außenseiter sondern müssen uns als aktiver Teil der Gesellschaft empfinden und in ihr verändernd wirken. Trotz aller Niederlagen, Schaukämpfe und Politposen kann ich das in der PDS immer noch am besten.

Dr. Andreas Bossmann

Nicht jammern. Mitmischen!

Ich hatte ja schon immer die Absicht, in die PDS einzutreten. Doch irgendwie ist immer was dazwischen gekommen. Die Infostände habe ich besucht, an Diskussionen teilgenommen, habe Freunde versucht zu überzeugen, die „richtige“ Friedenspartei zu wählen – nur eingetreten bin ich nicht. Sympathisant war ich immer!

Doch dann kam das Wahldebakel vom 22. September 2002 und ich habe gemerkt, daß es scheinbar nicht reichte, was ich bis dahin machte. Auch der Parteitag in Gera hat mich darin bestärkt, aktiv an der

Parteiarbeit teilzunehmen. Die Veränderungen, die scheinbar in der PDS notwendig sind, möchte ich mitgestalten. Denn die PDS ist wichtig, und es ist notwendig, daß wir 2006 wieder in Fraktionsstärke in den Bundestag einziehen. Dafür werde ich mich nach meinen Möglichkeiten einsetzen und hoffe, daß auch andere mitmischen. Denn jetzt der Partei den Rücken zukehren und auszutreten, kann nur der falsche Weg sein. Wir brauchen Veränderungen – und Menschen, die diese umsetzen.

Andreas Sasse



Von Basistag und Hauptversammlung

Ins Offene, Genossen

„Schwierig, aber nicht hoffnungslos“ – so bezeichnete ein Genosse beim Oktoberbasistag gegenüber einer SFB-Reporterin die Situation in der PDS. Es gab viel Interesse, Engagement und Diskussionsbedarf an diesem Abend in der Kopenhagener Straße und wie gegenwärtig überall in der Partei, sehr differenzierte Standpunkte und Wertungen zum Geraer Parteitag und zum weiteren Weg der PDS.

In vier Positionen jedoch wurden Gemeinsamkeiten deutlich: Keine Spaltung der Partei; kein Ausstieg aus der Koalition in Berlin; Schärfung des politischen Profils der PDS; sachlicher fairer Meinungs-

streit und solidarisches Miteinander. Erfreulich auch, daß die Analyse der Wahlniederlage und des Geraer Parteitages verbunden war mit der Sorge um die Zukunft der Partei und vor allem mit Überlegungen und Vorschlägen für die künftige politische Arbeit im Bezirk.

Folgende Gedanken scheinen mir dabei besonders interessant: Gebraucht werden realitätstaugliche Inhalte und Konzepte. „Gestaltende Opposition“ greift offensichtlich zu kurz. Was aber ist „moderne sozialistische Politik“?

Politische Differenzen müssen diskutiert, Prioritäten gesetzt und Pro-

jekte entsprechend demokratisch-sozialistischer Positionen realisiert werden. Die Kommunikation innerhalb der Partei und vor allem mit den Bürgerinnen und Bürgern ist wesentlich zu verbessern, Entscheidungen und Probleme sind transparent zu machen. Verleumdungen und Mißtrauen, Etikettierungen und Verdächtigungen dürfen in einer sozialistischen Partei keinen Platz haben.

Schwierig, aber hoffnungsvoll! Es hängt, wie Gernot Klemm den Basistag bilanzierte, von uns allen ab, wie wir vorankommen.

Renate Tepper
BO 12 Weißensee

PDS will Vertrauen wiedergewinnen

Die Delegierten der Basisorganisationen der PDS Berlin Drei haben Ende Oktober auf der 2. Tagung ihrer 2. Hauptversammlung (HV) über die Situation im Lande und in der Partei nach der Bundestagswahl beraten. Die HV ruft alle Mitglieder des Bezirksverbandes auf, sich an den unterschiedlichen Aktionen der Friedensbewegung gegen die angestrebte militärische Intervention gegen den Irak zu beteiligen. Das höchste Gremium des PDS-Bezirksverbandes stellte sich hinter die Beschlüsse des Geraer Parteitages und trat für die Beendigung der inneren Grabenkämpfe in der Partei ein. Mit großer Mehrheit sprach sich die HV für die Fortsetzung der Berliner Regierungskoalition und für eine verstärkte konstruktive und kritische Begleitung derselben aus. „Es gelingt uns auch in Berlin ganz offensichtlich nicht, die Erwartungen der Leute auf eine grundlegende Änderung in der Berliner Politik zu erfüllen. Angesichts der riesigen Probleme genügen unsere inhaltlichen Angebote und Lösungen nicht“, heißt es in einem vom PDS-Bezirksvorstand vorgelegten und von der HV bestätigten umfassenden Leitantrag. Die inhaltlichen Defizite seien auch im Bezirk spür-

bar geworden. Notwendig sei deshalb, „alle Kräfte zum Ausbau und zur Wiedergewinnung der politischen Handlungsfähigkeiten und Potentiale zu unternehmen“. Die PDS-Basis ist aufgerufen, sich aktiv in die Debatte um die Verbesserung der politischen Wirksamkeit der PDS in Berlin und im Bezirk Pankow einzuschalten. „Fordert uns heraus!“ wandte sich Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner, Mitglied des Bezirksverbandes, an die Delegierten. Die kritische Debatte bestätigte: Nicht Willenserklärun-

gen und Bekenntnisse, sondern mehr sozialistische Politik in der alltäglichen Praxis auf Bundes-, Landes-, kommunaler und lokaler Ebene sind gefragt, um verlorenes Vertrauen in die PDS wieder- und neu zu gewinnen.

Die HV wählte Sandra Brunner (mit 78,0%) und Andreas Bossmann (mit 78,7% der gültigen Stimmen) zu weiteren Mitgliedern des PDS-Bezirksvorstandes. Die Funktion einer Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden bleibt weiterhin unbesetzt. *K.G.*



**PDS Derlin Drei
in Prag**
zum Pressefest von
„Halo noviny“
(im September)

Leserbrief

Guten Morgen, Genosse Dschugaschwili

Seit 12 Jahren lebe ich in der DDR. Meinetwegen: in der „ehemaligen“. Ich kam 1990 aus Westberlin und blieb. Die Menschen im Osten gefielen mir einfach besser. Die Temperatur des Lebens war hier höher als im Westen, wo seit meiner Kindheit der Ellenbogen regierte. Daß es auch hier kälter geworden ist, wundert's. Ich kam auch her, weil es hier zumindest den Ansatz für praktikable linke Politik gab, während im Westen die Linke schon lange zum bedeutungslosen Nischendasein verdammt war. Es gab hier sogar eine große Organisation mit dem schönen Namen „Partei des demokratischen Sozialismus“. Die konnte man

ohne Bauchschmerzen wählen. Bis neulich. Bis sich die durchsetzten, die am liebsten die Mauer wiederhaben würden (nur noch höher...). Die Mielkes, Honneckers, Krenz' und Konsorten immer noch nicht als das erkennen, was sie waren: schuftige Verräter an der Sache des Sozialismus, miese Verbrecher, die die sozialistische Idee auf nicht absehbare Zeit diskreditiert haben. Und die jetzt gern die „gute alte Zeit“ wiederhätten, als es noch „die Firma“ gab (wie wär's mit einer Parteibuch-Umtauschaktion, es leben noch genug, die das können). Unterstützt vom Bodensatz westdeutscher Sektierer oder unappetitlichen Spinnern

wie diesem peinlichen Rosa-Luxemburg-Verschnitt mit ihrem westdeutschen Wirtschaftskriminellen-Ehegatten. Zonen-Gabi, befiehl, wir folgen Dir. Beim Geraer Parteitag lugte dieses ungewaschene Gesicht scheinbar urplötzlich hervor. Glücklicherweise hat es sich damit auch schon wieder erledigt. Denn was jetzt folgen wird, ist so klar wie ein Gebirgsbach im Frühling: ein massenhafter Exodus der linken Intelligenz, der tiefe Fall der PDS in den Abgrund der Bedeutungslosigkeit. Weg mit Schaden. Zeit für was Neues.

Phillip Müller
Berlin-Prenzlauer Berg



WANNWOWASWANNWOWASWANN

- | | | |
|--|--|--|
| 8. November | 13. November | 4. Dezember |
| 10.30 Uhr Kranzniederlegung auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee | 17.30 Uhr 10. Tagung der BVV, Bezirksamt Fröbelstraße 17 | 17.30 Uhr Treff des OV Weißensee im Kiezladen „Linkstreff“, Pistoriusstraße 24 |
| 12 Uhr Kranzniederlegung auf dem Jüdischen Friedhof Schönhauser Allee | 18. November | 11. Dezember |
| 20 Uhr Antifa-Koziert in der Alten Zigarrenfabrik Garbáty Pankow | 19.30 Uhr Bezirksvorstand, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 17.30 Uhr 11. Tagung der BVV, Bezirksamt Fröbelstraße 17 |
| 10. November | 21. November | 16. Dezember |
| 11 Uhr Führung über den Jüdischen Friedhof Schönhauser Allee | 18 Uhr Basistag PDS Berlin Drei im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 19.30 Uhr Bezirksvorstand, Laden im Dritten, in der Kopenhagener Straße 76 |
| 12. November | 3. Dezember | 19. Dezember |
| 19.30 Uhr Bötzw-Forum „Verlierer und Gewinner“ mit Gabriele Zimmer, Tuchholsky-Bibliothek Esmarchstraße 18 | 15 Uhr Jahrsabschluß der AG Soziales. Kaffetrinken und Kabarett, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 18 Uhr Basistag PDS Berlin Drei im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 |

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

Verantwortliche Redakteure: Renate Tepper, Klaus Gloede
und Wolfram Kempe

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 30. Oktober 2002

Druck: double express Auflage: 14.000

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 831-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders /der Spenderin.